

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen/städtischen Deputation für Inneres
am 25.02.2015**

Vorlage Nr.:18/261

Zu Punkt 7 der Tagesordnung

„Kriminalpräventionsarbeit in Bremer Stadtteilen ausbauen - Sicherheitspartnerschaften fördern“, Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. September 2013 (Drucksache [18/391 S](#)),

A - Problem

Die Stadtbürgerschaft hat in ihrer 30. Sitzung am 10. Dezember 2013 zum Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. September 2013 (Drucksache [18/391 S](#)), folgenden Beschluss gefasst:

„Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. unter Beteiligung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter sowie weiteren maßgeblichen Institutionen des jeweiligen Stadtteils die Gründung von Präventionsgremien in allen Bremer Stadtteilen zu initiieren bzw. sie, falls notwendig, dahingehend weiterzuentwickeln, dass

a) der spezifisch auf den Stadtteil bezogene Bedarf im Hinblick auf den Schutz vor Kriminalität in Bezug auf Kinder und Jugendliche, Familien, Frauen, Migranten und Migrantinnen, ältere Menschen und den Einzelhandel ermittelt wird,

b) Präventionsmaßnahmen, Beratungsangebote, Zuständigkeiten und Ansprechpartnersysteme verbessert werden,

c) im Städtebau sogenannte Angsträume ermittelt, Beleuchtungskonzepte überprüft werden und – auch im Zusammenwirken mit Vermietern größerer Wohnanlagen – der Einbruchschutz im Stadtteil im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft verbessert wird,

d) Kommunikationsinstrumente zum Thema Sicherheit im Stadtteil festgelegt werden.

2. unter Einbeziehung der Beiräte und Initiativen aus den Stadtteilen einen mindestens jährlichen Austausch und Vernetzung der unterschiedlichen Projekte in den verschiedenen Stadtteilen sicherzustellen.

3. der städtischen Deputation für Inneres und Sport und dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Beiräte und bürgerschaftliches Engagement bis Ende des Jahres 2014 zu berichten.“

B – Lösung

Ziffer 3 des Beschlusses aufgreifend, legt der Senator für Inneres und Sport den nachfolgenden Bericht vor.

Zu 1.:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. unter Beteiligung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter sowie weiteren maßgeblichen Institutionen des jeweiligen Stadtteils die Gründung von Präventionsgremien in allen Bremer Stadtteilen zu initiieren

Zum Aufbau, zur Stärkung und zur Förderung von Präventionsgremien aus Sicherheitspartnern des öffentlichen und privaten Sektors in den Stadtteilen wurde im Jahr 2008 die Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen (KSKP) beim Senator für Inneres und Sport eingerichtet.

Vorausgegangen war die im Jahr 2007 vorgelegte Studie „Machbarkeit, Aufbau und Anforderungen an ein Organisationsmodell für einen Landespräventionsrat zur Kriminalprävention für das Land Bremen“. Im Rahmen der Studie wurden die Bedarfe von den unterschiedlichsten Bremer Akteuren, unter anderem den Ortsamtsleiterinnen und Ortsamtsleitern, den Präventionsbeauftragten der Polizeidirektionen sowie Vertreterinnen und Vertretern bremischer Senatsbehörden erhoben und bei der Einrichtung der KSKP berücksichtigt. Ein Kernergebnis der Untersuchung war, dass kein Bedarf an einem Landespräventionsrat besteht, der die Ausrichtung der Kommunalen Kriminalpräventionsarbeit zentralisiert vorgibt. Stattdessen wurden von den Befragten unterschiedliche Unterstützungsbedarfe geäußert. Bei der Entwicklung und Implementierung der KSKP wurden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie berücksichtigt. Dementsprechend fungiert die KSKP als zentrale Informations- und Kommunikationsstelle. Sie bietet bereits existierenden Präventionsgremien und sonstigen kriminalpräventiven Akteuren vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten an. Zudem ist sie bei der Entwicklung und Einrichtung von neuen Präventionsgremien behilflich.

Zur konkreten Unterstützung der bremischen Präventionsgremien und Akteure führte die KSKP zunächst im Rahmen eines EU-Projektes den „lokalen Präventionsberater“ ein. Seit November 2014 ist der lokale Präventionsberater beim Senator für Inneres mit einer halben Stelle fest verankert. Er steht den bremischen Präventionsgremien und Akteuren mit Rat und Tat zur Verfügung und wirkt beim Aufbau sowie der Weiterentwicklung der bremischen Präventionsarchitektur entscheidend mit. Der lokale Präventionsberater nimmt an den Sitzungen der verschiedenen Präventionsgremien sowie der großen Steuerungsrunde Prävention der Polizei teil und leistet einen hohen Beitrag zur Vernetzung, Information und Kommunikation.

Zu seinem Aufgabenfeld gehört unter anderem auch die Implementierung eines Konzeptes zur Gewinnung von Studentinnen und Studenten sowie ehrenamtlich Tätigen für eine Mitarbeit in lokalen Präventionsgremien bzw. Projekten.

Der lokale Präventionsberater übernimmt damit eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Kriminalprävention in den Stadtteilen ausbauen – Sicherheitspartnerschaften fördern“.

In Bremen hat sich auf lokaler Ebene mittlerweile eine sehr heterogene Präventionslandschaft entwickelt, die damit den regionalen Anforderungen und Bedarfen Rechnung trägt.

Hierzu gehören insbesondere:

- Koordinierungskreis Ost 1
- Koordinierungskreis Ost 2
- Koordinierungskreis Süd
- Lenkungsausschuss Prävention Mitte/Östliche Vorstadt
- Präventionskerngruppe West
- Präventionsrat Bremen-Nord
- Präventionsrat Bremen-West
- Präventionsrat Bremerhaven

Darüber hinaus wird das Thema Prävention anlassbezogen in den Fach- bzw. Koordinierungsausschüssen der jeweiligen Beiräte behandelt.

Diese Präventionsgremien decken das Land Bremen vollständig regional ab. Sie weisen unterschiedliche Strukturen auf und kommen entweder regelmäßig oder bedarfsbezogen zur Identifizierung und Lösung von lokalen Problemen zusammen.

Der Senator für Inneres und Sport hat im November 2014 die Beiräte - Konferenz besucht und hier über den o. g. Antrag berichtet sowie für die Unterstützung bei der vorgesehenen Bearbeitung geworben. Um sich einen aktuellen, möglichst umfassenden Überblick darüber zu verschaffen, wie das Themenfeld Kriminalprävention in den Stadtteilen behandelt wird und welche Bedarfe hier gesehen werden, wurde eine Befragung der Beiräte und Ortsamtsleitungen vereinbart. Diese wurde im Zeitraum vom 05.12.2014 bis einschließlich 03.02.2015 durchgeführt. Von den insgesamt 22 Beiräten nahmen 18 an der Befragung teil.

Die Befragung zielte insbesondere auf die Klärung der Fragen ab, inwiefern die Beiräte und Ortsämter in die stadtteilbezogene Präventionsarbeit eingebunden sind, wie sie ihre Einbindung bewerten und welche Optimierungsbedarfe- und wünsche ggf. bestehen. Die Befragungsergebnisse fließen im Folgenden in den Bericht ein.

Die Auswertung der zuvor genannten Erhebung zeigt, dass die generellen kriminalpräventiven Bedarfe der deutlichen Mehrheit der Befragten durch die bestehenden Gremien abgedeckt werden. Drei Befragte (Ortsamt Blumenthal, Ortsamt Hemelingen und Ortsamt Horn-Lehe) äußerten einen offen Bedarf, der überwiegend auf die Vernetzung und den damit verbundenen Informationsfluss abstellt. Der Bedarf des Orsamtes Blumenthal resultiert wahrscheinlich aus der aktuellen Umstrukturierung des Präventionsrates Bremen-Nord. In Horn-Lehe befindet sich der Runde Tisch Jugend in einer Umstrukturierung. Er soll zukünftig in Kooperation mit dem AfSD über das Ortsamt koordiniert werden. In Hemelingen wird aktuell durch den AK Kriminalprävention des Koordinierungsausschusses geprüft, inwiefern ein Bedarf nach einem Präventionsgremium besteht.

Bezüglich der Aufforderung im Beschluss, unter *„Beteiligung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter sowie weiteren maßgeblichen Institutionen des jeweiligen Stadtteils die Gründung von Präventionsgremien in allen Bremer Stadtteilen zu initiieren“*, wird auch mit Verweis auf die im Jahr 2007 vorgelegte Studie *„Machbarkeit, Aufbau und Anforderungen an ein Organisationsmodell für einen Landespräventionsrat zur Kriminalprävention für das Land Bremen“*, darauf hingewiesen, dass eine Verpflichtung der Beiräte, Präventionsgremien zu gründen, weder möglich noch sinnvoll erscheint. Entsprechende Gremien leben vom – oft über die eigene Arbeit hinausgehenden - Engagement vieler verschiedener Akteure. Dieses Engagement

kann nicht angeordnet werden. Ziel der KSKP ist daher für den Aufbau und die Weiterentwicklung erforderlicher Präventionsnetzwerke auf lokaler Ebene zu werben und hierbei fachlich zu unterstützen.

Zu 1. a):

bzw. sie, falls notwendig, dahingehend weiterzuentwickeln, dass

a) der spezifisch auf den Stadtteil bezogene Bedarf im Hinblick auf den Schutz vor Kriminalität in Bezug auf Kinder und Jugendliche, Familien, Frauen, Migranten und Migrantinnen, ältere Menschen und den Einzelhandel ermittelt wird,

In die genannten lokalen Präventionsgremien werden zentrale Akteure, die auf dem Gebiet der Kriminalprävention tätig bzw. daran interessiert sind, in unterschiedlicher Form einbezogen. Dazu gehören sowohl Einzelpersonen als auch öffentliche und private Institutionen und Einrichtungen. Zu erwähnen sind hier z. B. die Ortsämter und Beiräte, die Ressorts und Behörden wie Schulen, Jugend- und Sozialhilfeeinrichtungen und Polizeidienststellen, Vereine, Verbände, Kirchen und private Initiativen. Dies geschieht durch den direkten Kontakt unbürokratisch und vertrauensvoll wodurch auch langfristige Kooperationen und Vernetzungen entstehen.

Mit der Zusammensetzung der bremischen Präventionsgremien sind die befragten Ortsämter und Beiräte mehrheitlich zufrieden. Nur vereinzelt sprachen sie sich für die Einbindung von weiteren Akteuren aus. Zwei Nennungen bezogen sich auf den Stadtbezirk Bremen-Nord, wo sich der Präventionsrat Bremen-Nord aktuell in einer Umstrukturierung befindet. Weiterhin wurde aus Walle und Findorff die Überlegung angeregt, dass sich der Präventionsrat Bremen-West stärker mit diesen Stadtteilen beschäftigen sollte.

Durch die Beteiligung der Akteure vor Ort ist eine stadtteilspezifische Prävention im Hinblick auf den Schutz vor Kriminalität für alle Bürgerinnen und Bürger, egal welcher Herkunft oder welchen Alters gewährleistet. Jeder hat die Möglichkeit sein Anliegen den gut bekannten Präventionsgremien und Ansprechpartnern mitzuteilen und sich aktiv an Problemlösungen zu beteiligen.

Zu 1. b):

b) Präventionsmaßnahmen, Beratungsangebote, Zuständigkeiten und Ansprechpartnersysteme verbessert werden,

Die befragten Ortsämter und Beiräte sind an der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen mehrheitlich beteiligt. Ihre Beteiligung scheint zufriedenstellend zu sein, da nur in einem Fall ein Optimierungsbedarf geäußert wurde. Dieser stellte auf die Kommunikation ab, die immer verbessert werden könne.

Fast alle Ortsämter und Beiräte nannten für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich eine zentrale Ansprechperson für das Thema Kriminalprävention. In den Fällen, in denen keine zentrale Ansprechperson genannt wurde, besteht nahezu ausnahmslos kein solcher Bedarf. Nur ein Ortsamt / Beirat äußerte einen ungedeckten Bedarf.

Zusätzlich zu den lokalen Zuständigkeiten und Ansprechpartnersystemen dient der Webauftritt der KSKP unter www.kriminalpraevention.bremen.de der vielfältigen Vermittlung von Informationen über kriminalpräventive Themen, Projekte und Akteure und bildet die zentrale Plattform für die Vernetzung. Die KSKP versteht sich als Servicestelle und steht allen Bürgerinnen und Bürgern als zentraler Ansprechpartner in Präventionsfragen zur Verfügung.

Ansprechbar sind zudem das Präventionszentrum der Polizei Bremen sowie die dezentralen Jugend- und Präventionsbeauftragten.

Zu 1. c):

c) im Städtebau so genannte Angsträume ermittelt, Beleuchtungskonzepte überprüft werden und – auch im Zusammenwirken mit Vermietern größerer Wohnanlagen – der Einbruchschutz im Stadtteil im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft verbessert wird,

Am 28.11.2013 fand der gemeinsam vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und dem Senator für Inneres und Sport ausgerichtete Workshop „Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in den Bremer Stadtteilen“ statt. Die Veranstaltung hatte das Ziel, sich mit den Fachleuten aus den Bereichen Architektur, Stadtplanung, Wohnungswirtschaft, Verkehrsunternehmen, Nutzerverbände und Polizei darüber zu verständigen, welche Vorteile eine Sicherheitspartnerschaft über die bestehenden Aktivitäten und Netzwerke hinaus in Bremen und in den Stadtteilen bietet. Unter dieser Voraussetzung sollten die Ziele und Grundlagen für die Bildung einer Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in den Bremer Stadtteilen geklärt werden. Dazu sollte modellhaft eine Netzwerk- und Konzeptidee für den Bremer Westen entwickelt werden.

Die Ergebnisse des oben genannten Workshops wurden am 09.05.2014 durch Herrn Prof. Dr. Schubert unter dem Titel „Partnerschaft für Sicherheit in den Stadtteilen der Freien Hansestadt Bremen. Architektur, Stadtplanung, Wohnungswirtschaft, Polizei, Verkehrsunternehmen, Kammern und Verbände im Dialog“ vorgestellt. Für die Grundausrichtung wurde festgelegt, dass es sich bei der Partnerschaft für Sicherheit in den Bremer Stadtteilen um eine „Plattform“ handeln soll, mit der anlassbezogen kleine wirkungsvolle Handlungsnetze aktiviert werden können. Dabei werden keine Parallelstrukturen neu aufgebaut, sondern vorhandene etablierte Netzwerke in den Stadtteilen genutzt. Die daran beteiligten Akteure sollen Lösungen anstoßen, die notwendigen Maßnahmen in die Hand nehmen und sie bis zur Umsetzung führen.

Von 2014 bis 2017 soll die Implementierungsphase in den folgenden vier Handlungsansätzen erfolgen:

1. Einrichtung einer „Präventions-Kommission-Sicherheit“ (PräKoS)
2. Einbeziehung der Bremer Polizei bei relevanten städtebaulichen Planungen, insbesondere als Träger öffentlicher Belange in der Bauleitplanung
3. Einführung eines standardisierten Verfahrens für die schnelle und unkomplizierte Lösung regelmäßig auftretender örtlicher Probleme
4. Einbindung der Bewohner als „Produzenten von Sicherheit“

Aktuell erfolgt die Entwicklung der „Präventions-Kommission-Sicherheit“ unter Federführung des Innensensors und der Bremer Polizei. Am 18.06.2014 trafen sich Vertreter des SUBV, des AfSD, des Ortsamts West, der Polizei Bremen sowie des SIS, um die Umsetzung der angestrebten Kommission zu besprechen. Als Pilotraum wurde der Bremer Westen festgelegt. Im Schwerpunktraum Bremer Westen mit den Stadtteilen Gröpelingen und Walle erfolgt derzeit die pilothafte Umsetzung des gesamtstädtischen Leitbilds der Stadtentwicklung 2020 „Bremen! lebenswert – urban – vernetzt“ als integriertes teilräumliches Entwicklungskonzept. Die Erarbeitung des Entwicklungskonzepts erfolgt ressortübergreifend. Ebenfalls ressortübergreifend sollen in Gröpelingen Problemquartiere identifiziert werden. Die erste Sitzung der „Präventions-Kommission-Sicherheit“ soll im ersten Halbjahr 2015 erfolgen und wird derzeit vorbereitet.

Die Polizei wird hierzu den Aufschlag machen und zur Identifizierung von „Problemquartieren“ auf polizeiliche Einsatz- und Kriminalitätsdaten sowie Erfahrungswissen des zuständi-

gen regionalen Polizeireviere zurückgreifen. Dadurch sollen auch Faktoren, die das Sicherheitsgefühl negativ beeinträchtigen und sich kriminalitätsfördernd auswirken können, berücksichtigt werden. Nachdem die identifizierten „Hotspots“ mit Bau und Soziales bzw. AfSD abgestimmt und von diesen mit eigenen Erkenntnissen angereichert sind, sollen in der Kommission eine interdisziplinäre Bewertung und Lösungsvorschläge entwickelt werden, die dann im Rahmen der originären Zuständigkeit bzw. Verantwortung umgesetzt werden sollen.

Zu 1. d):

d) Kommunikationsinstrumente zum Thema Sicherheit im Stadtteil festgelegt werden.

Die Befragung der Ortsämter und Beiräte hat gezeigt, dass es für deren Zuständigkeitsbereich fast ausnahmslos – nur ein Ortsamt / Beirat hat einen ungedeckten Bedarf geäußert – eine zentrale Ansprechperson für das Thema Kriminalprävention gibt. Mehrheitlich sind die zentralen Ansprechpersonen die lokalen Polizeireviere. In einigen Fällen gaben die Befragten an, dass die Ortsämter zentral ansprechbar sind. Bürgerinnen und Bürger können sich dementsprechend mit ihren Anliegen an die Ortsämter / Beiräte sowie die Polizei wenden. Durch den in der Befragung häufig geäußerten intensiven Austausch zwischen Ortsamt / Beirat und Polizei können Erkenntnisse über stadtteilbezogene Bedarfe ausgetauscht und berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Kooperationsstelle Kriminalprävention zu nennen. Die Kooperationsstelle kann an sie herangetragene Bedarfe an die zentralen lokalen Ansprechpersonen weitergeben. Auf ihrer Homepage befindet sich eine Übersicht der zentralen Ansprechpersonen auf Stadtteilebene.

Zudem verfügen einige Präventionsgremien über eigene Internetseiten. Bürgerinnen und Bürger können auch darüber ihre Anliegen zum Ausdruck bringen. Die bestehenden Kommunikationsinstrumente werden ständig geprüft und ggf. weiterentwickelt.

Zu 2.):

- 1. unter Einbeziehung der Beiräte und Initiativen aus den Stadtteilen einen mindestens jährlichen Austausch und Vernetzung der unterschiedlichen Projekte in den verschiedenen Stadtteilen sicherzustellen.*

Ein regelmäßiger Austausch der Akteure erfolgt durch die Sitzungen der genannten Präventionsgremien. Weiterhin stellt die KSKP über ihre Homepage eine Projektdatenbank zu kriminalpräventiven Projekten zur Verfügung. Hierüber können sich Interessierte unkompliziert über Präventionsprojekte in Bremen informieren und mit den Projektverantwortlichen Kontakt aufnehmen.

Zudem stellt die KSKP zur Förderung der Vernetzung innerhalb der bremischen Stadtteile mit dem Förderinstrument „Förderung von Vernetzung innerhalb der stadtteilbezogenen Kriminalprävention in Bremen“ jährlich Projektmittel zur Verfügung. Die angestrebte Förderung der Vernetzung soll durch ein spezifisches Antrags- und Auswahlverfahren erreicht werden. Dieses setzt die Bildung von Kooperationen unter den Antragstellern voraus und bindet die lokalen Präventionsgremien in die Entscheidung über die Förderung direkt ein. Durch die direkte Einbindung der lokalen Präventionsgremien in das Projektauswahlverfahren wird der lokale Bezug und die Sinnhaftigkeit der geförderten Projekte sichergestellt. Das Förderinstrument wurde im Jahr 2013 evaluiert und anschließend optimiert. Das Förderinstrument erfreut sich großer Beliebtheit und wird von den bremischen Präventionsakteuren gerne aufgegriffen und genutzt.

Auch für 2015 stellt der Senator für Inneres und Sport über die KSKP wieder 40.000,- für Projekte der Kriminalprävention zur Verfügung, die insbesondere die Arbeit auf Stadtteilebene unterstützen sollen.

Weiterhin richtet die KSKP jährlich – mit Ausnahme des Jahres 2014 – eine Fachtagung zu wechselnden Themen aus. Diese orientieren sich an aktuelle kriminalpolitische Fragestellungen und Entwicklungen. Die Fachtagungen werden einerseits öffentlich beworben und andererseits werden Kooperationspartner der KSKP gezielt eingeladen. Dazu zählen insbesondere die Akteure der Kriminalprävention auf Stadtteilebene. Um Bedarfe der kriminalpräventiven Akteure aufzunehmen, werden die Jahrestagungen regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt. Dadurch leisten die Fachtagungen der KSKP einen wichtigen Beitrag zum Austausch und zur Vernetzung von kriminalpräventiven Akteuren und Projekten in Bremen und über die Landesgrenzen hinaus.

Um die Einbindung sowie den Austausch und die Vernetzung von kriminalpräventiven Akteuren und Projekten innerhalb der Stadtteile aber auch übergreifend zu verbessern, wird die KSKP zukünftig in enger Abstimmung mit den zentralen Akteuren – dazu zählen auch die Ortsämter und Beiräte – einmal im Jahr einen „Strategie-Workshop“ durchführen. Dabei sollen dann insbesondere die Zusammenarbeit, die Präventionsbedarfe und die weitere Konkretisierung der Aufgabenstellung der kommunalen Kriminalprävention im Mittelpunkt stehen und ein Jahresschwerpunktthema vereinbart werden. Projekte, die sich mit dem Schwerpunktthema befassen, sollen im Rahmen der KSKP-Projektförderung besonders berücksichtigt und priorisiert gefördert werden.

C - Alternativen

Keine.

D - Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Keine.

E - Beteiligung/Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatskanzlei, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist erfolgt.

G - Beschluss Vorschlag

Die städtische Deputation für Inneres und Sport nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet den Senator für Inneres und Sport, diesen dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Beiräte und bürgerschaftliches Engagement zuzuleiten.